

**Beschluss
des 104. Ordentlichen Landesparteitages
der FDP Baden-Württemberg
am 5. Januar 2009
in Stuttgart**

**2009 – Ein neuer Start für Deutschland
Forderungen der FDP Baden-Württemberg für einen Politikwechsel auf Bundesebene**

Deutschland ist dank der sozialen Marktwirtschaft ein leistungsfähiges Land. Baden-Württemberg ist als wirtschaftlich stärkstes Bundesland einer der wichtigsten Erfolgsmotoren unserer Republik. Wir im Südwesten geben der Bundesrepublik viel. Das betrifft nicht nur finanzielle Leistungen im Länderfinanzausgleich und durch unsere Wirtschaftskraft, sondern wir tragen mit unserem kulturellen Reichtum, unseren demokratischen Traditionen und unserer lebendigen Bildungslandschaft zu den Chancen Deutschlands entscheidend bei.

Aus Sicht Baden-Württembergs ist daher festzustellen: Wir werden auf Bundesebene schon seit vielen Jahren unter unseren Möglichkeiten regiert. Waren die Leistungen bei der rot-grünen Bundesregierung erwartungsgemäß mäßig, so unterbot die schwarz-rote Koalition dieses Niveau noch weiter. Die Bilanz der Koalition Angela Merkels und Frank-Walter Steinmeiers ist für Baden-Württemberg enttäuschend. Größtmöglicher politischer Spielraum durch breite Mehrheiten erstarrte bis zum kompletten Stillstand. Statt zielorientierter Gespräche gab es eitle Streitereien und Lähmung. Statt die Chancen einer guten Weltwirtschaftslage zu nutzen, ruhte sich die große Koalition auf den Wirtschaftsdaten aus.

In Baden-Württemberg zeigen wir: die FDP macht den Unterschied. Während wir hier im Land die CDU immer wieder auf Kurs bringen, beging die CDU im Bund Wortbruch bis zur Grenze der Selbstverleugnung. Statt der angestrebten Steuersenkungen gab es die größte Steuererhöhung der Nachkriegszeit. Statt wirklich nachhaltiger Modernisierung und Entbürokratisierung des Arbeitsmarktes gab es ein träges Ausruhen auf den konjunkturell günstigen Zeiten. Statt einer Vereinfachung der Steuergesetzgebung wurde sie noch undurchschaubarer. Statt Stärkung der Mittelschicht erleben wir deren Erosion. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen gab es statt einer soliden Haushaltspolitik Rekordschulden. Statt der Verbesserung der Qualität der Bildung gab es erbitterte Streitereien über Zuständigkeiten. Einzig bei der Einschränkung der Bürgerrechte waren sich die beiden Regierungsparteien einig.

Deutschland steht auch durch die internationale Finanzkrise vor schwierigen Herausforderungen. Nicht die soziale Marktwirtschaft hat versagt. Vielmehr zeigt sich, dass einige Rahmenbedingungen verändert werden müssen. Beispielsweise muss die Mindesteigenkapitalquote der Banken erhöht werden, mit einer europäischen Ratingagentur mehr Konkurrenz beim internationalen Rating geschaffen werden sowie das deutsche Recht für die Haftung von Vorständen konsequenter angewandt werden. Es wird Zeit, dass die langjährige Forderung der FDP, die Finanzaufsicht, die bisher durch das Kompetenzgerangel zwischen Bafin und Bundesbank nahezu wirkungslos blieb, unter dem unabhängigen Dach der Bundesbank gebündelt wird.

Diejenigen, die jetzt die soziale Marktwirtschaft besonders laut kritisieren, haben selbst Anteil an den Problemen. Das Finanzinstrument der Hedge-Fonds wurde überhaupt erst unter der rot-grünen Bundesregierung erlaubt. In den Kontrollgremien der Kreditinstitute saßen auch immer Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften. Die ersten Institute, die in Schieflage gerieten, waren die staatseigene KfW und ihre Tochter IKB, die ersten Banken, die nach dem

Finanzschutzschirm riefen, waren Landesbanken. All das zeigt: der Staat ist eben nicht der bessere Banker.

Wir Liberale setzen immer schon auf Handwerk, Mittelstand und freie Berufe. Diese haben in der FDP einen verlässlichen Ansprechpartner in der Politik. Sie sind krisenfester und gewohnt, mit Risiken vernünftig umzugehen. Sie übernehmen für den eigenen Betrieb und die Gesellschaft täglich Verantwortung. Die Versorgung dieser kleinen und mittleren Unternehmen mit Kapital muss auch weiterhin gewährleistet werden, denn dabei geht es um tausende Arbeits- und Ausbildungsplätze in Baden-Württemberg. Eine vernünftige Politik für den Mittelstand ist der Garant für Stabilität, wichtiger und zielführender als die geplanten Konjunkturprogramme.

Es ist Zeit für eine neue Politik der Mitte. Seit zehn Jahren ist die FDP auf Bundesebene in der Opposition. Seit 10 Jahren hat die Mitte keinen Anwalt mehr in der Bundesregierung. Politik wurde seit dem zu Lasten der Mitte in Deutschland gemacht. Die Mittelschicht in Deutschland ist in den letzten Jahren erheblich geschrumpft. Wir wollen und werden dies ändern. 2009 ist es höchste Zeit für einen neuen Start in Deutschland. Den gibt es nur mit der FDP.

Ein neuer Start mit einer gerechten Steuer: Einfach, niedrig und sozial!

Die Möglichkeit für einen gründlichen, umfassenden und zukunftsweisenden Umbau des deutschen Steuersystems wurde trotz guter Konjunktur durch die schwarz-rote Regierung verpasst. Die Pläne der CDU für ein niedrigeres und einfacheres Steuersystem vor der Bundestagswahl 2005 waren das Papier nicht wert, auf dem sie standen. Die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger leisten viel. Sie tragen mit ihrem enormen Fleiß erheblich zum Steueraufkommen in Deutschland bei. Diese baden-württembergische Leitungsbereitschaft darf nicht bestraft, sondern muss wieder belohnt werden. Baden-Württemberg braucht Rückenwind nicht Gegenwind.

Daher fordern wir für einen neuen Start in Deutschland:

- Die Einführung eines gerechten Steuersystems nach den Kriterien: Einfach, niedrig und sozial. Wir schlagen einen Einkommensteuertarif mit Sätzen von 0%, 10%, 25% und 35% und einem jährlichen Grundfreibetrag von 8.000 Euro für jeden Bürger – ob Erwachsener oder Kind – vor. Das soll vor allem die stark belasteten Familien entlasten.
Ein leistungsgerechtes Bürgergeld, das ein für die Bürger transparentes System staatlicher Sozialleistungen schafft. In diesem Universaltransfer sollen das Arbeitslosengeld II (einschließlich Leistungen für Wohnen und Heizung), das Sozialgeld, die Grundsicherung, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das Wohngeld zusammengefasst werden. Voraussetzung für den Bürgergeldanspruch ist die Bedürftigkeit und die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme bei Erwerbsfähigkeit. Bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit wird das Bürgergeld gekürzt.
- Der Solidaripakt II wird wie beschlossen zu Ende geführt.
- Eine Unternehmenssteuerreform, bei der für Unternehmen gleich welcher Rechtsform ein Zwei-Stufen-Tarif von 10% und 25% gilt. Für Kapitalgesellschaften mit einem Gewinn von über 20.000 Euro wird die Körperschaftsteuer damit von 15% im geltenden Recht auf 25% angehoben. Im Gegenzug wird die Gewerbesteuer ersetzt durch ein Konzept der Kommunalfinanzierung, das für die Gemeinden ein ausreichendes Finanzierungsniveau gewährleistet und ihnen stetige Einnahmen sichert. Die Gemeinden erhalten einen auf 12% erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer und einen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer.
- Echten Wettbewerbsföderalismus und mehr Steuerautonomie aller Gebietskörperschaften. Im Zuge dessen soll die Gesetzgebungskompetenz für die Erbschaftsteuer den Ländern

übertragen werden. In Baden-Württemberg wird sich die FDP dafür einsetzen, auf die Erhebung der Erbschaft- und Schenkungssteuer künftig zu verzichten. Die jetzt beschlossene Reform der Erbschaftssteuer ist mittelstands- und familienfeindlich. Sie kleine und mittlere Einkommen sowie Familienbetriebe. So schlägt bei Geschwistern und nahen Verwandten nach einem geringen Freibetrag von 20.000 Euro ein Eingangssteuersatz von 30 Prozent voll zu. Bei den Betrieben bleibt die Steuerfreiheit bei Fortführung der Ausnahmefall, da sie an bürokratische und wirtschaftlich nicht erfüllbare Bedingungen geknüpft wird. Dahinter steht ein unerträgliches Familienbild, das außerhalb der geraden Linie keine Familiensolidarität mehr kennt. Die FDP wird sich für eine Verfassungsklage gegen diese familienfeindliche Vorschrift einsetzen.

Ein neuer Start durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik!

Trotz der größten Steuererhöhung aller Zeiten zum 1.1.2007 hat die schwarz-rote Koalition auf Bundesebene den Marsch in den Schuldenstaat nicht gestoppt. Bei fast 50 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen wäre das möglich gewesen. Das hat die FDP-Bundestagsfraktion mit ihren liberalen Sparbüchern zu jedem Bundeshaushalt deutlich aufgezeigt. Spätestens 2008 wäre die Nullverschuldung erreichbar gewesen, stattdessen wurden auf Pump neue Ausgabenprogramme zu Lasten zukünftiger Generationen finanziert. Baden-Württemberg hat mit einer konsequenten Haushaltskonsolidierung bereits im Jahr 2008 einen Haushalt ohne neue Schulden aufgelegt und hält auch im Jahr 2009 an diesem Ziel fest. Baden-Württemberg hat begonnen, Schulden zurückzuzahlen, während andere immer noch über ihre Verhältnisse leben.

Das werden die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger nicht länger dulden. Deshalb brauchen wir einen neuen Start in der Haushaltspolitik:

- Auch auf Bundesebene muss ein Haushalt ohne neue Schulden zur Maßgabe werden.
- Eine konsequente Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist notwendig. Alle Aufgaben und alle Ausgaben des Bundes müssen auf den Prüfstand. Es muss endlich deutlich werden, dass der Staat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem hat. Wer etwa durch eine uneinheitliche Trägerschaft von Jobcentern, eine zentralistisch organisierte Arbeitsverwaltung und zahlreiche wirkungslose arbeitsmarktpolitische Instrumente jedes Jahr Milliarden Euro verschwendet, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Ein neuer Start durch eine Gesundheitsreform mit Langzeitwirkung!

Die Befürchtungen, die beim Zusammentreffen von schwarzer Regelungswut und roter Staatsmedizin entstanden sind, haben sich voll bestätigt. Die Entmündigung des Patienten, das Anwachsens der Bürokratie und die Zunahme staatlich gelenkter Medizin zuteilung wurde noch weiter getrieben. Der Tiefpunkt ist der sogenannte „Gesundheitsfonds“, der sich als bürokratischer Murks größten Ausmaßes zeigt, bei dem die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger ansteigen, während sich die Leistungen für die Patientinnen und Patienten weiter verschlechtern. Er belastet die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger massiv mit steigenden Beitragssätzen und führt zu Mittelabflüssen bei der medizinischen Versorgung von Baden-Württemberg in andere Bundesländer.

Einen neuen Start für unser Gesundheitswesen erreichen wir mit:

- Der Rücknahme des „Gesundheitsfonds“.
- Einen wirksamen privaten Krankenversicherungsschutz mit sozialer Absicherung für alle. Dabei gilt:

- Jeder hat die Pflicht zur Versicherung, gleichzeitig aber auch Anspruch auf Versicherungsschutz. Es besteht ein Anspruch auf Regelleistungen und zwar unabhängig vom Gesundheitszustand und ohne Risikozuschläge.
- Jede Krankenkasse muss hierfür einen Pauschaltarif anbieten. Sie darf keinen Kunden ablehnen. Alter, Geschlecht, Risiko oder sonstigen Kriterien dürfen bei der Tariffhöhe keine Rolle spielen.
- Zu dieser Mindestversicherung wird jeder Bürger gesetzlich verpflichtet. Bei welcher Krankenkasse er sich versichert, kann er frei wählen. Selbstverständlich kann er sich auch in einem umfangreicheren Tarif versichern.

Ein neuer Start, der Rente und Pflege zukunftsfest macht!

Trotz der großen Mehrheit der schwarz-roten Koalition ist es ihr nicht gelungen, weder die Renten- noch die Pflegeversicherung angesichts des demografischen Wandels zukunftsfest zu machen. Auch hier herrschte eine Hü-Hott-Politik, die mehr Fragen offen ließ als sie Lösungen anbot. Die Weichen sind immer noch in die falsche Richtung gestellt, denn die Beiträge steigen weiter. Gerade Baden-Württemberg kann sich ein „Weiter so“ in diesem Politikbereich nicht leisten.

Ein neuer Start bei Rente und Pflege:

- Flexibler Eintritt in die Rente bei Wegfall der Zuverdienstgrenzen. Danach soll für alle Versicherten ab 60 Jahren der Rentenzugang (in Voll- oder Teilrente) möglich sein, unter der Voraussetzung, dass die bis dahin erworbenen Ansprüche des Versicherten aus gesetzlicher Rente sowie betrieblicher und privater Altersvorsorge über Grundsicherungsniveau liegen. Die Grenzen für den Zuverdienst werden aufgehoben, so dass jeder selbst entscheiden kann, ob und in welchem Umfang er neben dem Rentenbezug noch erwerbstätig sein will. Mit einem individuellen Zugangsfaktor wird berücksichtigt, wie lange ein Versicherter arbeitet. Für jedes Jahr längerer Arbeit, steigen der Faktor und damit die Rente um 3,6 Prozent, ab dem 65. Lebensjahr sogar um 6 Prozent. Zugleich wird die zunehmende Lebenserwartung für jede Alterskohorte, also für jeden Geburtsjahrgang, im Rentenwert berücksichtigt. Dadurch erreichen wir Generationengerechtigkeit und eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen den verschiedenen Jahrgängen.
- Eine flankierende Reform des Arbeitsmarktes ist parallel notwendig, damit alle die länger arbeiten wollen, dies auch können.
- Zukunftsfest und generationengerecht ausgestalten lässt sich die gesetzliche Pflegeversicherung nur durch einen gleitenden Übergang aus dem Umlagesystem in ein Ansparmodell, also eine zunehmend kapitalgedeckte und prämienfinanzierte Versicherung, verbunden mit dem Aufbau von eigentumsrechtlich geschützten Altersrückstellungen. Um negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung bei steigenden Beiträgen zu verhindern, muss die einkommensabhängige Finanzierung durch eine Finanzierung über einkommensunabhängige Prämien abgelöst werden.

Ein neuer Start in der Bildungspolitik: Vielfältig und dezentral!

Wir Liberale waren die ersten, die Bildung als Bürgerrecht in der Bundesrepublik auf die politische Agenda gesetzt haben. Bildung ist heute zu einer der entscheidenden Zukunftsfragen für unser Land geworden. Unter schwarz-rot wurde die Qualität des Bildungsstandortes Deutschland nicht ausgebaut, sondern weiter vernachlässigt. Im Bereich der Spitzenforschung wird Deutschland für international tätige Wissenschaftler immer unattraktiver, im Bereich der Schulbildung haben schon etliche internationale Studien die Mittelmäßigkeit der Bildungslandschaft attestiert. Durch

Schauveranstaltungen, Kompetenzstreitereien und zentralistische Begehrlichkeiten lenkt die Bundesregierung von den eigentlichen Chancen des Bildungsföderalismus ab. Für uns Südwestliberale gilt bei der Bildungspolitik: Vielfalt statt Einfalt und lokal statt zentral! Baden-Württemberg ist mit seiner innovativen Forschungspolitik, seinen weltweit beachteten Technologieclustern und mit seiner international hohen Innovationskraft geradezu abhängig von einer technologiefreundlichen Forschungspolitik und einer international wettbewerbsfähigen Bildungslandschaft.

Ein neuer Start in der Bildungs- und Forschungspolitik gelingt:

- Wenn Bildungspolitik wieder dort stattfindet, wo sie hingehört – vor Ort und auf Landesebene. Wir Liberale wollen keinen Zentralismus, keine nationalen Bildungspläne und kein bundesweites Zentralabitur. Der Bildungszentralismus gefährdet gute Bildungspolitik durch den kleinsten gemeinsamen Nenner. Die Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse wird über Bildungsstandards und nicht durch bürokratischen Zentralismus gewahrt. Damit verhindern wir, dass der Umzug von einem Bundesland in ein anderes zum Hindernis wird.
- Wenn wir dazu kommen, dass bundesweit alle Kinder zwischen dem 3. und 4. Lebensjahr im Rahmen einer Sprachstandsdiagnose auf ihre Sprach- und Sprechfähigkeit getestet und wo nötig gefördert werden, um ihnen einen guten Start in ihre Bildungskarriere zu ermöglichen. Auch hier geht Baden-Württemberg mit gutem Beispiel voran.
- Wenn im Bereich der frühkindlichen Förderung und Bildung eine bundesweite Offensive zur besseren Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher gestartet wird.
- Wenn wir zu einem echten Bildungsföderalismus der Länder kommen und die Kultusministerkonferenz und die ZVS abschaffen. Schulen und Hochschulen brauchen mehr Eigenständigkeit vor Ort zur Erprobung neuer Bildungskonzepte. Einen ersten großen Schritt in diese Richtung hat Baden-Württemberg auf Drängen der FDP mit der „Qualitätsinitiative Bildung“ getan.
- Wenn wir das Stipendienwesen stärker ausbauen und besser vernetzen, damit die Studiengebühren nicht zum Hindernis werden.
- Wenn wir die bundesweite Forschungspolitik besser abstimmen und Bund, Länder, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft die vorhandenen Spitzenforschungsplätze besser vernetzen und ausbauen.

Ein neuer Start für die Bürgerrechte!

Die rot-grüne Regierung hat das Fundament für einen Staat gelegt, in dem die Bürger in ihren Lebensgewohnheiten stärker denn je kontrolliert und überwacht werden. Unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung haben sie Grundsätze der Bürgerrechte geopfert: Faktische Abschaffung des Bankgeheimnisses, Erfassung der Telekommunikations-, Post- und Reisedaten ohne richterliche Überprüfung und deren Weitergabe. Es war abzusehen, dass die CDU diesen Weg sturr weiter verfolgen würde. Unter der schwarz-roten Regierung kam es zu weiteren Einschränkungen der Bürgerrechte. Nicht nur das neue BKA-Gesetz macht dies deutlich. An die Stelle des Vertrauens in die Bürgerinnen und Bürger rückte ein misstrauischer Überwachungsstaat. Datenschutzskandale bei Unternehmen haben gezeigt, dass die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger nicht nur vom Staat schleichend in Frage gestellt wird. Wir Liberale wollen die Rückbesinnung auf einen starken Staat. Nur ein schlanker Staat ist ein starker Staat. Wer bei der Abfrage von Daten nicht Maß hält, kommt bei der Verbrechensbekämpfung nicht vorwärts, sondern bleibt in einem nutzlosen Datenwust stecken. Deshalb haben wir in Baden-Württemberg die Onlinedurchsuchung nicht ins Polizeigesetz aufgenommen und damit gezeigt, dass es auch anders geht. Wir wollen daher ein neues Bewusstsein auch auf Bundesebene.

Einen neuen Start für mehr Bürgerrechte erreichen wir durch:

- Rücknahme der Onlinedurchsuchungen und Konzentrierung der Polizeikräfte auf Bereiche, die die Sicherheit tatsächlich erhöhen.
- Festschreibung der richterlichen Überprüfung bei Maßnahmen des Terrorismusbekämpfungsgesetzes.
- Informationspflicht von Bürgerinnen und Bürgern im Falle der Erhebung und Weitergabe von Informationen im Bereich Steuern, Gesundheit oder Rentenversicherung.
- Stärkere Zusammenarbeit von BKA und Bundespolizei zur sinnvollen Koordination beider Aufgabenbereiche.
- Bessere Abstimmung von Bundespolizei, Zoll und BKA mit den Landespolizeibehörden zur gezielten Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Ein neuer Start durch eine pragmatische Energiepolitik!

In den 1990er Jahren haben wir die Weichen für mehr Wettbewerb im Strommarkt gestellt. Was die Regierungen von CDU, SPD und Grünen jedoch daraus gemacht haben, hat das Gegenteil bewirkt. Nur durch Wettbewerb, Diversifizierung der Energieträger und Dezentralisierung ist eine bezahlbare Energieversorgung erreichbar. Energie ist gerade für Baden-Württemberg als einer der weltweit führenden Wirtschaftsstandorte eine zentrale Zukunftsfrage. In einer modernen Industrie- und Kommunikationsgesellschaft bildet sie die Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand. Einer der Pfeiler unseres Wohlstands ist die stabile Energieversorgung. Die Abhängigkeit dieses Faktors von teilweise politisch höchst instabilen Versorgungsregionen ist ein höchst riskanter Kurs. Deshalb folgen wir in der Energiepolitik den drei Maximen: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit.

Einen neuen Start in der Energiepolitik erreichen wir durch:

- Sicherung eines vernünftigen Energiemixes aus einem steigenden Anteil erneuerbarer Energieträger, fossilen Energieträgern und Kernenergie.
- Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke und Investitionen der Hälfte des dadurch entstandenen Gewinns in die Erforschung erneuerbarer und alternativer Energien.
- Stärkung der Energieforschung (Grundlagen- und Anwendungsforschung), aufbauend auf die bereits hervorragenden Leistungen deutscher Forschungseinrichtungen im internationalen Vergleich.
- Regulierung der Netzmonopole mit diskriminierungsfreiem Zugang der Strom- und Gasmärkte mit dem Ziel eines funktionierenden Wettbewerbs.
- Senkung der Steuern auf Energie, da der Staat der größte Preistreiber bei den Energiekosten ist.

Ein neuer Start in der Verkehrspolitik!

Wichtige Entscheidungen in der Verkehrspolitik wurden immer noch nicht oder nach beliebigen Gesichtspunkten getroffen. Baden-Württemberg 21 wird das Land insgesamt voranbringen, aber auch nur deshalb, weil sich Baden-Württemberg verpflichtet, einen erheblichen Eigenbeitrag zur Finanzierung zu leisten. Trotz der Einführung der Maut im Jahr 2005 und der daraus resultierenden Mehreinnahmen sind die Investitionsmittel für den Bundesfernstraßenbau unter schwarz-rot weiter gekürzt worden. Als starker Wirtschaftsstandort und wichtiges Transitland muss Baden-Württemberg bei den Mitteln für Erhaltung, Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur deutlich stärker berücksichtigt werden. Dies ermöglicht die beschleunigte Fertigstellung dringend notwendiger Vorhaben wie z.B. den A8-Albaufstieg, den Ausbau der Rheintalbahn oder die Verlängerung der Neckarschleusen.

Einen neuen Start in der Verkehrspolitik ermöglichen wir durch:

- Mehr Mittel für die Verkehrswegefinanzierung in Baden-Württemberg, damit eines der wirtschaftsstärksten Länder auch weiterhin Wachstumsmotor bleiben kann.
- Erstellung eines umfassenden bundesweiten Verkehrswegekatasters mit Informationen über Zustand, Belastungs- und Abnutzungssituationen sowie Reparaturbedarf aller Verkehrswege.
- Ein Soforthilfeprogramm für Engpässe der Verkehrswege, bei dem neue Möglichkeiten des Public-Private-Partnership (PPP) zur schnellen Entlastung erprobt werden können.
- Trennung von Netz und Transport bei der Deutschen Bahn AG noch vor dem Börsengang.
- Eine mittel- bis langfristige Umstellung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung von der Haushaltsfinanzierung auf eine Nutzerfinanzierung ohne Zusatzbelastung für die Bürgerinnen und Bürger, um Erhaltung, Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur nachhaltig zu sichern.

Ein neuer Start für den föderalen Gedanken!

Die FDP hat die Föderalismuskommission II durchgesetzt. Mit der rot-schwarzen Regierungsmehrheit schien das Ziel einer grundlegenden und zukunftsweisenden Neuordnung des Föderalismus in der Bundesrepublik in greifbare Nähe gerückt. Die Hoffnung auf eine zukunftsweisende Struktur ist jedoch der ernüchternden Erkenntnis gewichen, dass die Föderalismusreform im Sand der schwarz-roten Wüste stecken bleibt. Im Land hart erarbeitete 2 Milliarden Euro, die jährlich in den Länderfinanzausgleich abfließen, machen deutlich, wie wichtig die Föderalismusreform für Baden-Württemberg ist.

Ganz generell gilt dabei für die FDP in Baden-Württemberg: Die Belastungsgrenze der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger ist überschritten. Mehr Geld wird es aus Baden-Württemberg nicht geben.

Ein neuer Start für den föderalen Gedanken erfordert daher:

- Nach dem Ende der Föderalismuskommission II die Festsetzung einer Föderalismuskommission III mit einem festen Zeitplan, der die Lösung von grundsätzlichen Fragen als verpflichtendes Endziel festschreibt. Andernfalls wird die FDP den föderalen Gedanken dadurch unterstützen, dass sie sinnvolle Bestrebungen der Länder, ihre Interesse auf dem Klagewege durchzusetzen, unterstützt.
- Grundlagen der Föderalismusreform müssen die politische Kultur der finanziellen Mäßigung, die Belebung des Wettbewerbs und ein Neustart bei den Finanzbeziehungen sein. Dazu zählen ein in der Verfassung festgeschriebenes Nettoneuverschuldungsverbot, eine grundlegende Reform des Länderfinanzausgleichs, die den Anreiz für mehr wirtschaftsfördernde und arbeitsplatzfreundliche Investitionen schafft und erfolgreiche Länder belohnt statt bestraft und die Ausweitung der Steuerzuständigkeiten auf Landesebene.
- Länderneugliederungen über die Köpfe der Menschen hinweg lehnen wir ab. Die bisherige Regelung im Grundgesetz muss jedoch vereinfacht und pragmatischer gestaltet werden. Länder sollen das Verfahren einer Neugliederung ohne Mitwirkung des Bundes regeln können.